S 20 AL 52/99

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land Bundesrepublik Deutschland

Sozialgericht Bundessozialgericht

Sachgebiet Arbeitslosenversicherung

Abteilung

Kategorie Urteil

Bemerkung -Rechtskraft -

Deskriptoren Arbeitslosengeld

Bemessungszeitraum in Sonderfällen

Aufgabe einer von zwei Teilzeitbeschäftigungen Verminderung der Arbeitszeit

Teilzeitvereinbarung

Leitsätze Bestand im Bemessungszeitraum

lediglich eine Teilzeitbeschäftigung so ergibt sich ein Anspruch auf höheres Arbeitslosengeld nicht daraus dass

daneben innerhalb der Dreieinhalb-Jahres-Frist des § 131 Abs 2 Nr 2 SGB III eine weitere Teilzeitbeschäftigung vorlag

in der Aufgabe einer

Teilzeitbeschäftigung liegt iS dieser Vorschrift keine Verminderung der

Arbeitszeit auf Grund einer

Teilzeitvereinbarung.

Normenkette SGB III <u>§ 131 Abs 2 Nr 2</u> F: 1997-03-24

SGB III § 134 Abs 2 Nr 8 F: 1997-03-24

SGB III § 150

1. Instanz

Aktenzeichen S 20 AL 52/99 Datum 01.09.2000

2. Instanz

Aktenzeichen L 9 AL 173/00 Datum 19.09.2002

3. Instanz

Datum 09.12.2003

Die Revision des KlĤgers gegen das Urteil des Landessozialgerichts Nordrhein-

Westfalen vom 19. September 2002 wird zurückgewiesen. AuÃ∏ergerichtliche Kosten des Revisionsverfahrens sind nicht zu erstatten.

Gründe:

I

Der KlĤger begehrt hĶheres Arbeitslosengeld (Alg) ab 1. Januar 1999 unter zusĤtzlicher Berücksichtigung des Entgelts aus einer drei Jahren zuvor aufgegebenen Teilzeitbeschäftigung.

Im Jahre 1941 geboren, war er von 1969 bis Ende 1994 bei der I GmbH (im Folgenden: I.) vollzeitbeschäxftigt; im Rahmen eines vereinbarten gleitenden Ruhestandes schloss er am 22. April/3. Juli 1994 mit seiner Arbeitgeberin einen vom 1. Januar 1995 bis zum 30. September 1997 befristeten Arbeitsvertrag ù¼ber eine Beschäxftigung mit einer wä¶chentlichen Arbeitszeit von 19 Stunden (Bruttoentgelt DM 4.594,-/Monat). Ebenfalls zum 1. Januar 1995 schloss der Kläxger mit seiner Ehefrau einen Arbeitsvertrag ab, wonach er bei dieser als kaufmäxnnischer Angestellter mit 20 Stunden/Woche und einem Monatsbruttogehalt von DM 2.500,-beschäxftigt wurde. Am 12. Dezember 1995 vereinbarte der Kläxger mit der I. auf deren Veranlassung die Auflä¶sung des Arbeitsverhäxltnisses im Rahmen des gleitenden Ruhestandes zum 31. Dezember 1995. Das Arbeitsverhäxltnis mit seiner Ehefrau kä¼ndigte diese zum 31. Dezember 1998, da sie zu diesem Zeitpunkt ihren Betrieb (Handelsvertretung) aufgebe.

Am 18. November 1998 meldete sich der Kläger mit Wirkung vom 1. Januar 1999 arbeitslos und beantragte Alg, das ihm die Beklagte mit Bescheid vom 13. Januar 1999 ausgehend von einem monatlichen Arbeitsentgelt in Höhe von DM 2.500,-bewilligte (gerundetes wöchentliches Arbeitsentgelt in Höhe von DM 580,-, wöchentlicher Leistungsbetrag DM 274,68, Leistungsgruppe C/0). Widerspruch, Klage und Berufung, mit denen der Kläger eine Berechnung des Alg auch unter Berýcksichtigung des Entgeltes bei der I. für die Zeit vom 1. Juli bis 31. Dezember 1995 begehrte, blieben erfolglos (Widerspruchsbescheid vom 19. April 1999; klagabweisendes Urteil des Sozialgerichts Köln vom 1. September 2000; die Berufung des Klägers zurückweisendes Urteil des Landessozialgerichts Nordrhein-Westfalen (LSG) vom 19. September 2002).

Gegenstand des sozialgerichtlichen Verfahrens wurden der Dynamisierungsbescheid vom 26. Januar 2000 (Bemessungsentgelt DM 590,-) sowie der Bescheid vom 26. Juli 2000, durch den dem Kläger ab 22. Juni 2000 Alg nach einem um 10 % erhöhten Bemessungsentgelt (DM 640,-) gewährt wurde. Ã□ber eine entsprechende Erhöhung auch für den vorhergehenden Zeitraum hat der Kläger im Revisionsverfahren ein Teil-Anerkenntnis der Beklagten angenommen.

Das LSG hat zur Begründung im Wesentlichen ausgeführt, die Vorschrift des § 131 Abs 2 Nr 2 Drittes Buch Sozialgesetzbuch (SGB III) finde auf den Fall des Klägers keine Anwendung. Auch nach der Kommentarliteratur setze diese Vorschrift voraus, dass innerhalb eines bestehenden Arbeitsverhältnisses eine

Teilzeitvereinbarung getroffen werde; eine Verminderung der Arbeitszeit durch Teilzeitvereinbarung liege jedoch dann nicht vor, wenn eine von mehreren TeilzeitbeschĤftigungen aufgegeben werde. Auch nach Sinn und Zweck der genannten Vorschrift treffe diese den Fall des KlĤgers nicht. Die vom KlĤger mit der I. vereinbarte Teilzeitarbeit habe nicht dem Arbeitsplatzerhalt auf Dauer durch Vermeidung von Arbeitslosigkeit dienen sollen, sondern im Gegenteil dem endgĽltigen Ausscheiden aus dem Arbeitsleben im Rahmen einer Ruhestandsregelung.

Hiergegen richtet sich die â□□ vom LSG zugelassene â□□ Revision. Der Kläger rügt eine Verletzung des <u>§ 131 Abs 2 Satz 1 Nr 2 SGB III</u>. Diese Vorschrift sei nach ihrem Wortlaut auch auf seinen Fall anzuwenden; die vom LSG aus den Gesetzesmaterialien entnommenen EinschrĤnkungen seien nicht in den Gesetzestext aufgenommen. Es spiele deshalb keine Rolle, ob die Teilzeitvereinbarung bzw die Aufnahme einer TeilzeitbeschĤftigung aus den Gründen erfolgt sei, welche für den Gesetzgeber Anlass zur Schaffung der Vorschrift gewesen seien. Dies folge auch aus der mit Wirkung ab 1. Januar 2003 in die Vorschrift des <u>§ 131 Abs 2 Satz 2 SGB III</u> aufgenommene Regelung, wonach <u>§</u> 131 Abs 2 Satz 1 Nr 2 SGB III nicht in den FAxIIen einer Teilzeitvereinbarung nach dem Altersteilzeitgesetz gelte, es sei denn, das BeschĤftigungsverhĤltnis sei wegen ZahlungsunfĤhigkeit des Arbeitgebers beendet worden. Dieser Satz wĤre überflüssig gewesen, wenn vom Anwendungsbereich des <u>§ 131 Abs 2 SGB III</u> Teilzeitvereinbarungen im Rahmen eines gleitenden Ruhestandes bzw im Zusammenhang mit dem Ausscheiden aus dem Arbeitsleben a priori nicht erfasst würden. Im Ã∏brigen liege eine Teilzeitvereinbarung im Sinne der Vorschrift sowohl dann vor, wenn eine ha \(\text{\$\text{\$\text{\$}}\$ \$\ \text{\$\text{\$here}\$ } \$\ \text{\$\text{\$arbeitszeit} im Rahmen eines bestehenden } \) ArbeitsverhĤltnisses reduziert werde, als auch dann, wenn ein VollzeitarbeitsverhĤltnis aufgegeben und stattdessen ein neues TeilzeitarbeitsverhĤltnis abgeschlossen werde. In seinem (des KlĤgers) Fall seien auch die übrigen Voraussetzungen des <u>§ 131 Abs 2 Nr 2 SGB III</u> erfüllt; da diese Vorschrift voraussetze, dass der Arbeitslose "Beschäßglungen" mit einer hA¶heren Arbeitszeit innerhalb der letzten dreieinhalb Jahre vor der Entstehung des Anspruchs wĤhrend eines sechs Monate umfassenden zusammenhĤngenden Zeitraums ausgeübt habe, sei schlieÃ∏lich unschädlich, dass jene höhere Arbeitszeit wĤhrend des Sechs-Monats-Zeitraums bei verschiedenen Arbeitgebern zurÃ1/4ckgelegt worden sei.

Der Klå¤ger beantragt sinngemå¤å□, die Urteile der Vorinstanzen sowie die angefochtenen Bescheide der Beklagten teilweise aufzuheben und die Beklagte zu verurteilen, Alg auf Grund eines Bemessungszeitraums zu bewilligen, bei dem die Zeit ab dem 1. Januar 1996 auÃ□er Betracht bleibt.

Die Beklagte beantragt, die Revision zurĽckzuweisen.

<u>§ 131 Abs 2 Nr 2 SGB III</u> sei nicht anwendbar, wenn von zwei nebeneinander ausgeübten Teilzeitbeschäftigungen eine aufgegeben werde. Ein Arbeitnehmer,

der zwei TeilzeitbeschĤftigungen ausübe und eine davon verliere, sei zunächst durch die Gewährung von Teilarbeitslosengeld (Teil-Alg) gemäÃ∏ § 150 SGB III geschützt. Ende auch das zweite Arbeitsverhältnis, komme § 134 Abs 2 Nr 9 SGB III zum Tragen; hiernach sei für Zeiten einer Beschäftigung, neben der Teil-Alg geleistet worden sei, zusätzlich zum Arbeitsentgelt der Beschäftigung das Entgelt, nach dem das Teil-Alg bemessen worden sei, der Bemessung des Alg zu Grunde zu legen.

Ш

Die Revision des KlAzgers ist unbegrA14ndet.

Wie von den Vorinstanzen zu Recht entschieden, hat der KlĤger keinen Anspruch auf Berechnung des ihm ab 1. Januar 1999 zustehenden Alg unter Berļcksichtigung eines hĶheren Bemessungsentgelts.

Die Höhe des Alg richtet sich nach dem Bemessungsentgelt, das sich aus dem Bruttoentgelt ergibt, das der Arbeitslose im Bemessungszeitraum erzielt hat (§ 129 , letzter Teilsatz SGB III idF des Arbeitsförderungs-Reformgesetzes (AFRG) vom 24. März 1997, BGBI I 594). Der Bemessungszeitraum wiederum umfasst grundsätzlich die Entgeltabrechnungszeiträume, die in den letzten 52 Wochen vor der Entstehung des Anspruchs, in denen Versicherungspflicht bestand, enthalten sind und beim Ausscheiden des Arbeitslosen aus dem letzten Versicherungsverhältnis vor der Entstehung des Anspruchs abgerechnet waren (§ 130 Abs 1 Satz 1 SGB III idF des AFRG). Diese Regelung hat die Beklagte bei Berechnung des Alg zu Recht angewendet und dem Kläger diese Leistung somit auf der Grundlage des zuletzt im Betrieb seiner Ehefrau erzielten Arbeitsentgelts gewährt.

Der KlĤger hat hingegen keinen Anspruch auf die Berechnung seines Alg unter Berýcksichtigung des Entgelts aus der bis 31. Dezember 1995 ausgeübten BeschĤftigung bei der I. gemäÃ∏ § 131 Abs 2 Nr 2 SGB III (idF des AFRG). Hiernach bleiben bei der Ermittlung des Bemessungszeitraumes Zeiten auÃ∏er Betracht, in denen die durchschnittliche regelmäÃ∏ige wöchentliche Arbeitszeit auf Grund einer Teilzeitvereinbarung nicht nur vorÃ⅓bergehend auf weniger als 80 % der durchschnittlichen regelmäÃ∏igen Arbeitszeit einer vergleichbaren Vollzeitbeschäftigung, mindestens um fÃ⅓nf Stunden wöchentlich, vermindert war, wenn der Arbeitslose Beschäftigungen mit einer höheren Arbeitszeit innerhalb der letzten dreieinhalb Jahre vor der Entstehung des Anspruchs während eines sechs Monate umfassenden zusammenhängenden Zeitraums ausgeübt hat. In Anwendung der Sonderregelung des § 131 Abs 2 Nr 2 SGB III wirken die Zeiten einer Teilzeitbeschäftigung als Aufschubtatbestand und werden weder bei der Bestimmung des Bemessungsrahmens noch beim eigentlichen Bemessungszeitraum berücksichtigt.

Im Falle des Klägers fehlt es bereits an der Voraussetzung des <u>§ 131 Abs 2 Nr 2 SGB III</u>, dass seine wöchentliche Arbeitszeit "auf Grund einer Teilzeitvereinbarung nicht nur vorù⁄₄bergehend â□¦ vermindert war". Auf einer derartigen Vereinbarung beruhte die durchschnittliche wöchentliche Arbeitszeit des Klägers während des Bemessungszeitraums nicht. Denn entgegen der Rechtsmeinung der Revision kann als "Teilzeitvereinbarung" in diesem Sinne nicht die Aufgabe einer von mehreren Teilzeitbeschäftigungen gesehen werden (so auch Valgolio in Hauck/Noftz, SGB III, K § 131 RdNr 40, Stand 2000; Marschner in GemeinschaftsKomm â□□ SGB III, § 131 RdNr 41, Stand 2002; Coseriu/Jakob in Wissing, SGB III, § 131 RdNr 39, Stand 2000), im Falle des Klägers also nicht die mit der I. im Dezember 1995 getroffene Abrede, dass das (Teilzeit-)Arbeitsverhältnis zum 31. Dezember 1995 enden solle.

Dies verbietet bereits der denkbare Wortsinn. Denn ein Vertrag, der ein (Teilzeit-)ArbeitsverhĤltnis insgesamt beendet, ist keine "Teilzeitvereinbarung". Vielmehr soll mit der Regelung des § 131 Abs 2 Nr 2 SGB III â∏ wie mit der VorlĤufervorschrift des § 112 Abs 4a Satz 1 ArbeitsfĶrderungsgesetz (AFG) (idF des BeschĤftigungsfĶrderungsgesetzes 1994 vom 26. Juli 1994, BGBI I 1786; hierzu BT-Drucks 12/7565 S 16) â∏ die Bereitschaft vollzeitbeschĤftigter Arbeitnehmer gefĶrdert werden, ihre regelmĤÄ∏ige wĶchentliche Arbeitszeit im Interesse der Vermeidung von Arbeitslosigkeit durch Vereinbarung einer geringeren Wochenarbeitszeit zu vermindern. Die vom KlĤger im Bemessungszeitraum ausgefļhrte (Teilzeit-)BeschĤftigung beruhte jedoch gerade nicht auf einer derartigen die Arbeitszeit verringernden Vereinbarung, sondern auf dem zwischen dem KlĤger und seiner Ehefrau zum 1. Januar 1995 abgeschlossenen Arbeitsvertrag, der seine Arbeitszeit gerade nicht vermindert, sondern erhĶht hat (nach dem vom LSG in Bezug genommenen Akteninhalt bestand insoweit zuvor ein geringfļgiges BeschĤftigungsverhĤltnis).

Dieses Ergebnis wird weiterhin dadurch bestätigt, dass § 131 Abs 2 Satz 1 Nr 2 SGB III als VergleichsmaÃ□stab für die zeitliche Herabsetzung der Arbeitszeit auf die durchschnittliche regelmäÃ□ige Arbeitszeit einer vergleichbaren Vollzeitbeschäftigung abstellt. Für den Kläger mÃ⅓sste also eine durchschnittliche regelmäÃ□ige tarifliche Arbeitszeit von weniger als 80 % der durchschnittlichen regelmäÃ□igen tariflichen Arbeitszeit eines vergleichbaren Vollzeitbeschäftigten gegolten haben. VergleichsmaÃ□stab ist also nicht die frÃ⅓her ausgeÃ⅓bte Tätigkeit (vgl Pawlak in Hennig, SGB III, § 131 RdNr 75, Stand 2003). In der Regel ist ein vergleichbarer Arbeitnehmer desselben Betriebs zum Vergleich heranzuziehen (BT-Drucks 13/4941, S 178). Auch dies zeigt, dass § 131 Abs 2 Satz 1 Nr 2 SGB III schon von seinem Wortsinn her letztlich die Reduzierung von Arbeitszeit innerhalb einer Beschäftigung meint.

Dass die Vorschrift des $\frac{\hat{A}\S}{131}$ Abs 2 Nr 2 SGB III nicht den ihr vom Kl \tilde{A} ¤ger beigemessenen Inhalt hat, wird auch aus der Abgrenzung zu der mit Wirkung ab 1. Januar 1998 eingef \tilde{A} ½hrten Regelung \tilde{A} ½ber das Teil-Alg ($\frac{\hat{A}\S}{150}$ SGB III idF des AFRG; vgl hierzu Senatsurteile vom 21. Juni 2001, <u>BSGE 88, 180</u> = <u>SozR 3-4300 $\hat{A}\S$ 150 Nr 1</u>, sowie vom 6. Februar 2003, <u>BSGE 90, 270</u> = <u>SozR 4-4300 $\hat{A}\S$ 150 Nr 1</u>) deutlich.

Nach dem Willen des Gesetzgebers soll das Teil-Alg ab 1. Januar 1998 das Problem Iösen, dass nach dem früheren Rechtszustand bei Iängerer paralleler Ausýbung von mehreren (typischerweise zwei) versicherungspflichtigen Beschäxftigungen trotz Beitragszahlung kein Anspruch auf Alg bestand, solange der Betroffene noch die zweite versicherungspflichtige Beschäßtigung ausä¼bte und damit nicht arbeitslos war. Eine derartige Teilarbeitslosigkeit wird nunmehr durch das Teil-Alg ausgeglichen (vgl <u>BT-Drucks 13/4941 S 146</u>). Hingegen begrÃ¹/₄ndet die blo̸e Verminderung der Arbeitszeit, wie sie <u>§ 131 Abs 2 Nr 2 SGB III</u> voraussetzt, keinen Anspruch auf Teil-Alg. Dies ergibt sich nicht nur aus dem Wortlaut des § 150 Abs 2 Nr 1 SGB III ("Teilarbeitslos ist, wer eine versicherungspflichtige BeschĤftigung verloren hat, die er neben einer weiteren versicherungspflichtigen BeschĤftigung ausgeļbt hat, und eine versicherungspflichtige BeschĤftigung sucht"), sondern auch aus der Gesetzesbegrļndung. Denn der Gesetzgeber hat den Fall der Verminderung der Arbeitszeit in einem bestehenden BeschĤftigungsverhĤltnis ausdrļcklich vom Anwendungsbereich der Vorschrift ausgenommen (vgl hierzu Senatsurteil vom 6. Februar 2003, BSGE 90, 270, 271 = SozR 4-4300 § 150 Nr 1; BT-Drucks 13/4941, S 181 zu § 151 Abs 2 Nr 1). Verliert ein Bezieher von Teil-Alg auch seine verbliebene (zweite) TeilzeitbeschĤftigung, so bemisst sich das nunmehr zustehende ("Voll-")Alg nach dem Entgelt dieser BeschÄxftigung und zusÄxtzlich nach dem Bemessungsentgelt des Teil-Alg (§ 134 Abs 2 Nr 8 SGB III idF des AFRG; inzwischen aaO Nr 9).

Auf dieser Grundlage ergibt sich eine stimmige Abgrenzung der Anwendungsbereiche einerseits des § 131 Abs 2 Nr 2 und des § 150 SGB III andererseits: Vermindert ein Arbeitnehmer seine Arbeitszeit durch Wechsel von einer Vollzeit- zu einer Teilzeit-BeschĤftigung, so begrýndet dieser Wechsel keinen Anspruch auf Alg; wohl aber wird â unter den Voraussetzungen des § 131 Abs 2 Nr 2 SGB III â bei einer späteren (Voll-)Arbeitslosigkeit auch ein (Voll-)Alg gezahlt. Kommt es dagegen (wie beim Kläger zum 1. Januar 1996) zur Verminderung der Gesamt-Arbeitszeit eines Arbeitnehmers durch den Wegfall einer von zwei parallel bestehenden Teilzeitbeschäftigungen, kann sogleich Teil-Alg beansprucht werden; bei Verlust auch der zweiten Teilzeitbeschäftigung steht (Voll-)Alg dann zu, wenn im Bemessungszeitraum neben dem Arbeitsentgelt Teil-Alg bezogen wurde.

Gegen dieses Ergebnis spricht nicht, wie die Revision meint, dass <u>§ 131 Abs 2 Nr 2 SGB III</u> von BeschĤftigungen (Plural) spricht; hieraus kann lediglich abgeleitet werden, dass mehrere nacheinander ausgeļbte BeschĤftigungen zu berļcksichtigen sind.

Nach alledem wird deutlich, dass beim Kläger fþr den Anspruch auf Alg ab 1. Januar 1999 kein Anwendungsfall des § 131 Abs 2 Nr 2 SGB III gegeben ist. Nichts anderes folgt aus dem Umstand, dass er im Zeitpunkt des Verlustes seines Teilzeitarbeitsplatzes bei der I. zum 31. Dezember 1995 noch keinen Anspruch auf Teil-Alg geltend machen konnte, da diese Leistung erst mit dem SGB III zum 1. Januar 1998 eingeführt wurde. Denn zum einen kann die entsprechende Sicherungslücke in der Zeit vor dem 1. Januar 1998 jedenfalls nicht als verfassungswidrig angesehen werden. Zum anderen fehlt es von vornherein an

einer (Teil-)Arbeitslosmeldung und an der Verf $\tilde{A}^{1/4}$ gbarkeit f $\tilde{A}^{1/4}$ r eine Vermittlung durch das Arbeitsamt f $\tilde{A}^{1/4}$ r den Zeitraum zwischen dem 1. Januar 1996 und dem 31. Dezember 1998.

Die Entscheidung $\tilde{A}^{1}/_{4}$ ber die Kosten beruht auf \hat{A} § 193 SGG.

Erstellt am: 08.03.2004

Zuletzt verändert am: 20.12.2024